

«Wenn Sie sterben wollen, gehen Sie lieber nach Bülach»

In Näfels wird der Abstimmungskampf gegen die Atomausstiegs-Initiative lanciert. Der grünliberale Befürworter des Ausstiegs kämpft gegen die Atomstrom-Befürworter mit ihren eigenen Argumenten – auch zur damaligen Katastrophe von Tschernobyl.

von Fridolin Rast

Der Befürworter des Atomenergie-Ausstiegs, Pascal Vuichard, sagt nach dem halbstündigen Referat von Ausstiegsgegner Hans Achermann trocken, ihm habe man drei Minuten eingeräumt. Und Vuichard grenzt sich ab: «Ich bin mit genau einem Argument einverstanden: Dass wir in der Schweiz gescheitert sind als die anderen.»

Kurzschlusshandlung oder ...

Der Lintharena-Saal ist von Stromsparleuchten einigermaßen erhellt. In Näfels haben vorgestern die zwei Moliser die Klängen gekreuzt, ein Ausstiegsgegner aus dem Atomlager und ein grünliberaler Befürworter: Achermann hat Gewicht als ehemaliger Verwaltungsrat des Kernkraftwerks Leibstadt und Ex-Geschäftsleitungsmitglied des Stromhändlers EG Laufenburg. Pascal Vuichard forscht über Wirtschaft und Ökologie an der Hochschule St. Gallen und ist Co-Präsident der Grünliberalen Glarus.

Die Aves oder «Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz» titelt «Nein zu Kurzschlusshandlungen beim Atomausstieg», und Achermann warnt vor Mogelpackung und drohendem Chaos, wenn es so weit komme. Er sieht die Kernenergie als Beitrag, das Klimaproblem zu lösen. Die Treibhausgasemissionen pro Kilowattstunde seien sehr klein, nur bei Wasserkraft kleiner und bei Windenergie gleich hoch. Schon bei Solarstrom rechnet er mit dem Doppelten bis Vierfachen. Kohlestrom, der laut Achermann den Atomstrom ersetzen müsste, verursache 45- bis 50-mal so viel Treibhausgas-Belastung.

... Erleuchtung?

Vuichard setzt auf Strom aus Sonne und Wind, deren Nutzung bereits massiv ausgebaut wird, sowie auf Wasser. Dass aktuell von fünf Schweizer AKW drei stillstehen, beweise, dass es auch ohne gehe. «Alle zu ersetzen, kostet die Schweiz 574 Millionen Franken, und es ist ein politischer Entscheid, das zu wollen.» Die Stromkonzerne selbst hätten den Ausstieg mit der Stilllegung des AKW Mühleberg schon begonnen. Doch Sonne und Wind – für Achermann liefern sie «Flatterstrom», wäh-



Unter Strom: Hans Achermann warnt vor dem Ausstieg aus der Atomenergie, Pascal Vuichard setzt dagegen auf Strom aus erneuerbaren Quellen.



Bilder Fridolin Rast

rend Bandstrom aus dem Kernkraftwerk «just in time» produziert werde. Speicherkapazitäten und Überlandleitungen, die zum Regeln und Verteilen der Erneuerbaren angeblich fehlen, brauchen sie alle irgendwie – welche mehr, bleibt auf dem Podium strittig.

Die Stromlücke – das Gespenst vor dem grossen Preiserfall – ist wieder da. Achermann warnt, schon 2017 würden der Schweiz 17 Prozent Strom fehlen, heute gebe es im Winter regelmässig einen Importüberschuss, nur im Sommer habe die Schweiz mehr als genug Strom.

Und Achermann ist nicht nur gegen die Atomausstiegs-Initiative, ihm ist auch das Referendum gegen die bundesrätliche Ausstiegsstrategie wichtig: «Auch sie enthält ein Technologie- und damit Denkverbot», wirbt er dafür, die Kernenergie-Forschung

fortzusetzen. Immerhin bestimme sie keine fixen Abschaltzeiten für die AKW. Dank laufender Nachrüstung seien sie sehr sicher, das Restrisiko vernachlässigbar klein.

Der Staat haftet für den Schaden

Doch sogar die Schweiz habe mit dem unterirdischen Reaktor von Lucens (VD) ihren schweren Atomunfall gehabt. Atomenergie sei – wegen viel schärferer Sicherheitsvorschriften – heute massiv teurer und nicht mehr rentabel: «Wer heute Atomkraftwerke baut, hat nichts verstanden.»

Dem Argument, Alternativenergien seien subventioniert, hält Vuichard entgegen: Wegen der «praktisch nicht existenten» Versicherungsdeckung sei die Atomenergie viel stärker subventioniert. Der Schadenfonds der Schweizer Atomkraftwerke enthalte nur gera-

de 1,8 Milliarden Franken. Wie viel das «leider vorhandene Referenzbeispiel» Fukushima kostet, will keiner in der Aves-Runde schätzen. So dass Vuichard bedauernd («schade, das sollten Sie als Experten wissen») 400 Milliarden US-Dollar nennt. Von denen auch in der Schweiz der Staat 398 tragen müsste. Bei Beznau, in dicht besiedeltem Gebiet gelegen, beziffert er das Schadenpotenzial gar auf 1000 bis 1500 Milliarden Franken.

Solar ist kaum mehr teurer

Also argumentiert auch der Grünliberale bei den zahlreichen FDP-lern und Kraftwerkleuten im Saal wirtschaftlich: Bei Kostenwahrheit «wäre der Kilowattstundenpreis für Atomstrom jenseits von 25 Rappen». Tatsächlich würden von England nun für das Nuklearprojekt Hinkley Point C 20 Euro-

Cent garantiert. Was dem Aves-Präsident die Bemerkung entlockt: «Fast wie Solarenergie-KEV.» Einen andern lässt schaudern, dass ausgerechnet chinesische Firmen in Grossbritannien bauen sollen.

«Letzter Punkt» für Vuichard: «Woher kommt denn das Uran? Aus Minen mit Kinderarbeit in Nigeria.» Wer mag, erinnert sich fern an den Biafrakrieg, der das Land ob der Erträge für Erdöl spaltete. Vuichard ergänzt nur: «Es ist sehr gefährlich zu sagen, dass Atomstrom unabhängig macht.»

Von der Schweiz überzeugt und doch eher zynisch wirkt Achermanns Bemerkung, «wenn Sie sterben wollen, gehen Sie lieber nach Bülach». Dort sei die radioaktive Strahlung mit 0,25 Mikrosievert pro Stunde anderthalb Mal so hoch wie in Tschernobyl 30 Jahre nach der Reaktorkatastrophe.

Die neue App für Notfälle, «rette mi», «rettet di»

«Dass Sie die App nicht brauchen werden», hofft die Polizei zwar. Diese neue Notruf-App auf dem Smartphone zu installieren, empfiehlt sie trotzdem allen – oder fast. Denn vorerst beschränkt sich das auf Nutzer in der Ostschweiz und in den Kantonen Freiburg und Waadt.

von Marco Häusler

Als Pilotversuch ist die Notruf-App «retteMi.ch» seit Anfang Jahr in Betrieb, der «Smartlocator» sogar bereits seit zwei Jahren. Aus beiden Komponenten besteht die Notruf-App «retteMi», die unter der Führung der Kantonspolizei St. Gallen für das Ostschweizer-Polizeikonkordat sowie die Kantone Freiburg und Waadt entwickelt und gestern an einer Medienkonferenz vorgestellt wurde.

Leicht verzögert, denn ursprünglich sollte das bereits Anfang Juli passieren. Weil Apple damals die Polizei-App trotz Zusicherung aber noch nicht im

Apple-Store aufgeschaltet hatte, musste das verschoben werden.

Nun gibt es sie nicht nur im Apple-, sondern auch im Windows-Store und bei Google Play. Einmal gratis heruntergeladen, kann «retteMi.ch» bei Aktivierung automatisch einen Notruf an die jeweils zuständige regionale Zentrale der Nummern 117 (Polizei), 118 (Feuerwehr), 144 (Sanität) oder 112 (internationaler Notruf) absetzen, ihr Standort und Profil der hilfesuchenden Person übermitteln und Informationen von ihr, die zuvor im sogenannten Notfall-Pass gespeichert wurden.

Nur nach einer Bestätigung geschieht das auch über Smartlocator. Über diese Anwendung verschickt die



Schnelle Ortung in Notlagen: Die Polizei-App «retteMi» ist lanciert. Pressebild

Zentrale eine SMS an die Person in Not, die darauf einen Link aktivieren muss, über den die freigegebenen Ortungsinformationen angezeigt werden.

Drei Millionen Notrufe jährlich

«Voraussetzung für eine Ortung ist selbstverständlich der Empfang und die Funktionsfähigkeit des Smartphones», steht in der Mitteilung der St. Galler Polizei. Seien diese Voraussetzungen aber erfüllt, «spart dies dem Hilfesuchenden und den Rettungskräften wichtige Zeit».

Die App sei kein Ortungssystem, mit dem die Ortung ohne das Einverständnis der Benutzerin oder des Benutzers durchgeführt werden könne, heisst es

zum Datenschutz. Und zu den bisherigen Erfahrungen: «In der Testphase konnten bereits mehrere Personen schnell geortet und gerettet werden.»

Diese Pilotphase hatte sich noch auf die Kantone St. Gallen und Freiburg beschränkt. Nun funktioniert die Anwendung auch in den Notrufzentralen der Kantone Glarus, Appenzell Inner- und Ausserrhoden, Thurgau, Graubünden und Waadt. Ziel ist es jedoch, dass sich weitere Kantone beteiligen und die App auf ihrem Gebiet ebenfalls anbieten. Denn: «In der Schweiz werden pro Jahr rund drei Millionen Notrufe abgesetzt», teilt die St. Galler Kapo weiter mit. «Zwei Drittel davon gehen von Handys aus – Tendenz zunehmend.»